Zuwanderung frisst Effizienzgewinne auf

Das starke Bevölkerungswachstum in der Schweiz lässt auch den Strom- und Energieverbrauch steigen

THOMAS FUSTER

Es wird enger auf unserem Planeten. Das zeigt der jüngste Uno-Bericht zur Weltbevölkerung. Nachdem die Marke von 7 Milliarden 2011 geknackt worden ist, dürfte die Grenze von 8 Milliarden Menschen schon dieses Jahr überschritten werden. Glaubt man der Uno, wird das Wachstum der Weltbevölkerung sich fortsetzen, bis 2086 mit 10,4 Milliarden ein Maximum erreicht sein wird.

Infrastruktur rückt in den Blick

Ob sich die Realität an die Prognose halten wird, bleibt offen. Tatsache ist hingegen: Die Schweiz gehört zu jenen Ländern, die seit Jahren besonders rasch wachsen. Das gilt vor allem im europäischen Vergleich. So ist die Bevölkerungszahl der Schweiz seit 2000 laut OECD-Daten um 20 Prozent gestiegen. In der EU betrug das Plus nur 4 Prozent, in Deutschland gar bloss 1 Prozent. Ein wichtiger Treiber des Wachstums ist die Zuwanderung und damit auch die seit 2002 bestehende Personenfreizügigkeit (PFZ) mit der EU und den Efta-Staaten.

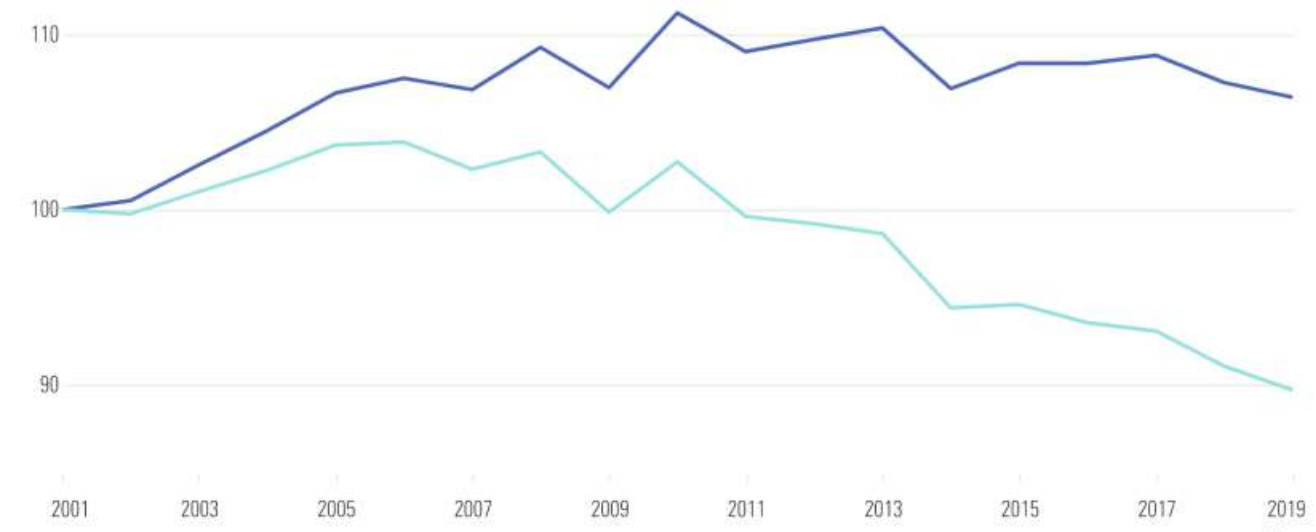
Der Bericht der Bundesverwaltung zur PFZ zeigt die Dimensionen: So ist die ständige Wohnbevölkerung seit 2002 um 1,4 Millionen Personen (oder 0,9 Prozent pro Jahr) gewachsen. Der Wanderungssaldo gegenüber der EU/Efta lag dabei bei durchschnittlich 41 200 Personen, was allein schon ein Bevölkerungswachstum von jährlich 0,5 Prozent induziert. Aus Drittstaaten kamen zudem jährlich im Durchschnitt 24 400 Personen. Das Wachstum unterstützt hat ferner ein Geburtenüberschuss von 16 200 Menschen pro Jahr.

> Die Bevölkerung der Schweiz ist seit 2000 um 20 Prozent gestiegen. In der EU betrug das Plus nur 4 Prozent, in Deutschland gar bloss 1 Prozent.

Über das Pro und Contra der anhaltend hohen Zuwanderung wird in der Schweiz seit Jahren kontrovers diskutiert. Im Fokus stehen dabei zumeist die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Sozialwerke, die Wohnkosten, den Verkehr oder die Natur. Eher selten debattiert wurden bisher die Folgen für die Energieversorgung. Das ist insofern wenig überraschend, als die meisten Leute bis vor kurzem kaum damit rechneten, dass es in der Schweiz je zu einem Energiemangel kommen könnte. Derzeit erscheint dieses Szenario jedoch realer denn je.

Pro Kopf werden rund 10 Prozent weniger Strom verbraucht

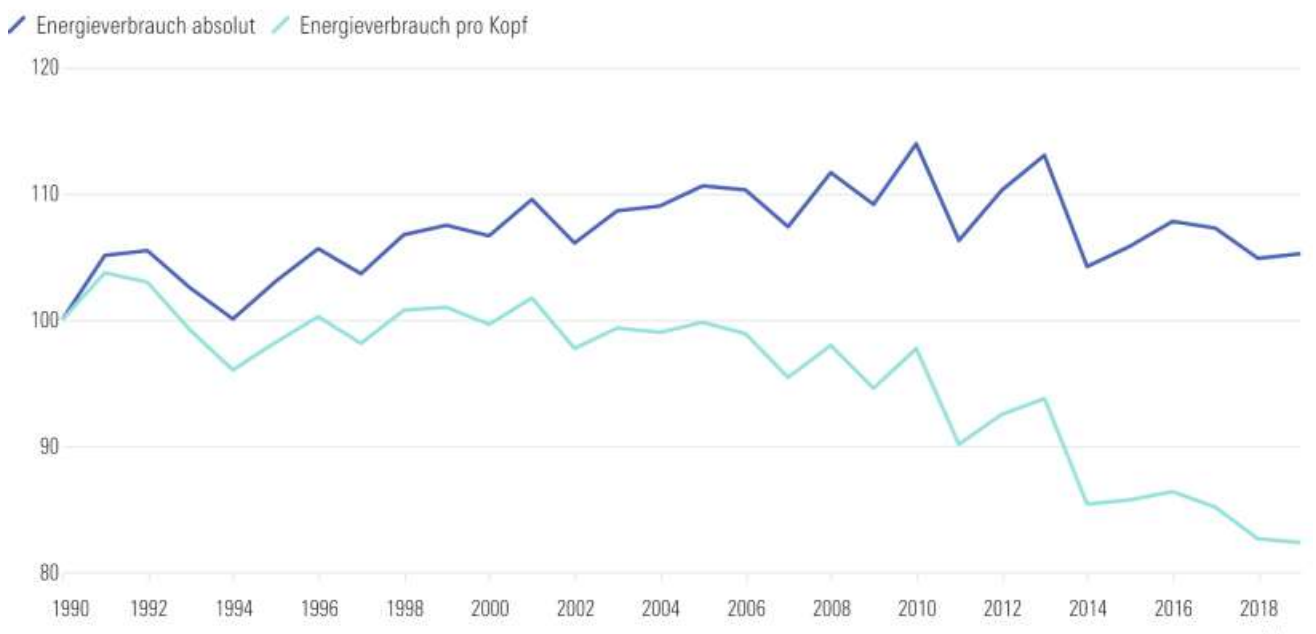
Indexierter Stromverbrauch in der Schweiz seit 2001 (2001 = 100)



QUELLE: BFE, ELEKTRIZITÄTSSTATISTIK 2020 — NZZ / tf.

Pro Kopf sinkt der Verbrauch von Energie, nicht aber absolut

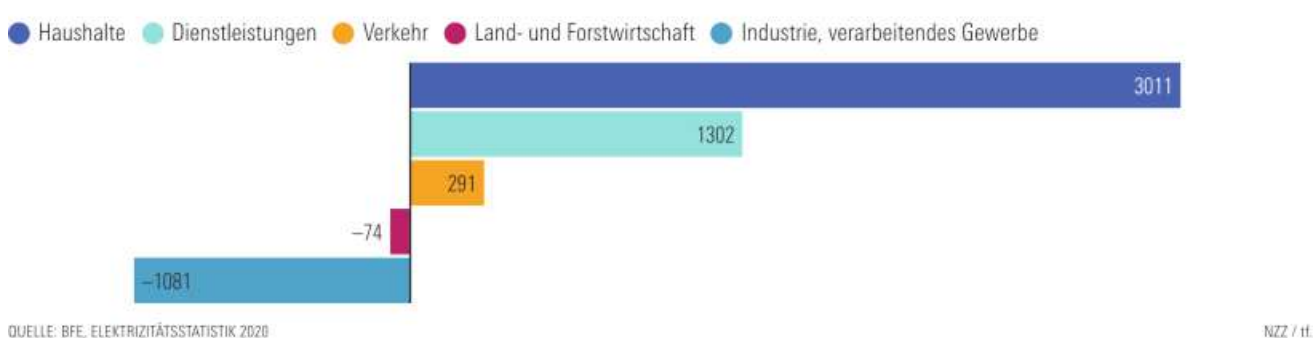
Energieverbrauch in der Schweiz von 1990 bis 2019 (in Terajoule, indexiert, 1990 = 100)



QUELLE: BFE, GESAMTENERGIESTATISTIK 2020 — NZZ / tf.

Die Haushalte sind die Haupttreiber für den Mehrkonsum an Strom

Mehrkonsum in GWh seit 2001



QUELLE: BFE, ELEKTRIZITÄTSSTATISTIK 2020 — NZZ / tf.

Die Gesamtzahl wiegt schwer

So droht bei der Energieversorgung schon im kommenden Winter eine Knappheit. Rationierungen können deshalb auch in der Schweiz nicht länger ausgeschlossen werden. Allenthalben stellt man sich die Frage, wie es überhaupt so weit kommen konnte. Auf der Suche nach Antworten interessiert auch die Rolle der Demografie. So zeigt ein Blick auf die Eckwerte des Energiemarktes, dass das Gesamtbild oft ganz anders aussieht, wenn man anstelle absoluter Grössen, die stark durch das Bevölkerungswachstum aufgebläht werden, die Verbrauchswerte pro Kopf betrachtet.

Illustrieren lässt sich das anhand des landesweiten Energiekonsums. So zeigen die Statistiken des Bundesamtes für Energie, dass der Energieverbrauch in der Schweiz zwischen den Jahren 1990 und 2019 (dem letzten Jahr vor Ausbruch der Pandemie) um 41 740 Terajoule zugenommen hat; das entspricht einem Plus um 5,3 Prozent. Ersetzt man diesen absoluten Mehrverbrauch nun aber durch den Verbrauch pro Kopf, resultiert ein Minus von 17,6 Prozent. Dies deshalb, weil die mittlere ständige Wohnbevölkerung im beobachteten Zeitraum um fast 1,9 Millionen gewachsen ist.

Was heisst das? Die Schweiz ist zwar insofern effizienter geworden, als pro Person fast ein Fünftel weniger Energie verbraucht wird als noch 1990. Dieser Fortschritt wird aber mehr als kompensiert durch eine stark wachsende Bevölkerungszahl, weshalb das Land insgesamt mehr Energie verbraucht als damals. Dasselbe Muster zeigt sich beim Strom, der in der Schweiz für zirka einen Viertel des Energieverbrauchs verantwortlich ist. Hier stieg der absolute Verbrauch seit 2001 um 6,4 Prozent oder umgerechnet 3449 Gigawattstunden (GWh), während der Bedarf pro Kopf im gleichen Zeitraum um 10,3 Prozent auf 6670 kWh abnahm.

Das ausgeprägte Breitenwachstum der Schweiz führt somit dazu, dass oft die Vorzeichen wechseln, wenn die absolute Entwicklung durch die Entwicklung pro Kopf ersetzt wird. Im Falle der Energiepolitik bedeutet das Folgendes: Die Schweiz ist beim Energie- und Stromkonsum deutlich weniger verschwenderisch oder ineffizient, als dies beim Blick auf die steigenden Verbrauchszahlen angenommen werden könnte. Denn der Einzelne verbraucht über die Jahre hinweg deutlich weniger; doch das wird überdeckt durch den stärker wirkenden Einfluss der Bevölkerungsentwicklung.

Industrie zu Unrecht getadelt

Ein Blick auf die Demografie empfiehlt sich auch, wenn es darum geht, die wichtigsten Treiber für den Mehrbedarf an Strom zu eruieren. So zeigt sich, dass die vielgescholtene Industrie zwischen 2001 und 2019 den Strombedarf um rund 1000 GWh (bzw. 5,9 Prozent) reduziert hat. Das nützt in der Gesamtrechnung aber deshalb wenig, weil angesichts der gestiegenen Bevölkerungszahl die Haushalte etwa 3000 GWh (18,7 Prozent) mehr konsumiert haben. Über alle Wirtschaftssektoren hinweg resultiert daher ein Anstieg des Endverbrauchs um 6,4 Prozent.

Das Fazit: Die Schweiz mag von der Energiekrise weniger betroffen sein als andere Staaten – etwa weil Erdgas hierzulande eine geringere Rolle spielt als beispielsweise in Deutschland oder Österreich. Erschwerend wirkt in der Schweiz aber, dass eine allfällige Mangellage flankiert wird durch ein anhaltend hohes Bevölkerungswachstum. So dürfte die Nettozuwanderung auch 2022 – wie schon im Vorjahr – erneut über 60 000 Personen betragen und somit höher ausfallen als die Bevölkerung der Stadt Biel (56 000). Und diese «neue Stadt» muss zunächst einmal mit Energie und Strom versorgt werden.

SCHWARZ UND WIRZ

Alle lieben Subventionen

CLAUDIA WIRZ

Wer den Newsletter von Alliance Enfance abonniert hat, hat jüngst eine Aufforderung zum Mitmachen erhalten. Diese Organisation ist ein Zusammenschluss von Akteuren, die in der professionellen Kinderbetreuung tätig sind. Die Frühförderung liegt dieser Allianz besonders am Herzen, denn sie ist ausbaufähig. Deshalb engagiert man sich «für die Verbesserung der Rahmenbedingungen». Und das heisst: Man will Geld vom Staat.

Die Politik der familienexternen Betreuung boomt. Was vor knapp zwanzig Jahren als vermeintlich befristete «Anschubfinanzierung» zur Schaffung von Krippenplätzen begann, soll nun in eine dauerhafte Subvention umgewandelt werden. Im Jargon der Politik heisst das «zeitgemässe Lösung». Es geht um grosse Beträge. Unter anderem soll sich der Staat mit 530 Millionen Franken pro Jahr an den Betreuungskosten der Eltern beteiligen.

Eine entsprechende Vorlage befindet sich in der Vernehmlassung. Und jetzt kommt die erwähnte Nachricht von Alliance Enfance ins Spiel. Sie ist eine Art Anleitung dafür, wie man an Subventionen kommt. Sie fordert die Adressaten samt deren «Mitgliedern, Partner:innen, Mitarbeitenden» sowie alle ihnen zugewandten Orte inklusive Einzelpersonen dazu auf, eine Stellungnahme im Sinne des Brancheninteresses einzureichen.

«Wenn zum Beispiel 150 Leitende von Kindertagesstätten oder Spielgruppen eine positive Stellungnahme einreichen würden, wäre das ein starkes Zeichen», schreibt Alliance Enfance. Damit das leicht von der Hand geht, steht ein Musterbrief zur Verfügung, den man unterschreiben und ans zuständige Bundesamt mailen kann. Wer mag, kann sich auch aus einem Repertoire von Textbausteinen bedienen.

Die Organisation Alliance Enfance steht stellvertretend für ungezählte Akteure aus allen Politikbereichen, die in Bern um Subventionen buhlen. Ob Klimaschutz, Medienförderung oder Landwirtschaft – alle lieben Subventionen. Und das schlägt sich in einem Wachstum nieder, das die Wachstumskritiker nur selten aufregt. Inflationsbereinigt haben sich die Subventionen von 1970 bis 2020 versechsfacht, wie die Denkfabrik Avenir Suisse errechnet hat.

Dabei spricht vieles gegen Subventionen. Subventionen sind ungerecht, weil sie bestimmte Interessengruppen zulasten der Allgemeinheit bevorzugen. Sie zementieren unrentable Strukturen, verzerren den Wettbewerb und fördern die Bürokratie. Sie sind intransparent und führen zu Ineffizienzen, belasten den Staatshaushalt und schaden gelegentlich sogar der Umwelt – etwa in der Landwirtschaft.

Vor allem aber wird man sie nicht mehr los. Mehr noch: Die Familienpolitik zeigt anschaulich, dass einmal etablierte Subventionen nicht nur irreversibel sind, sie machen auch Lust auf mehr.

Für die Steuerzahler ist das keine gute Nachricht. Auch für die Wirtschaft nicht, zumal in einer politisch und ökonomisch unsicheren Zeit. Den heute früh geförderten Kindern wäre es jedenfalls zu wünschen, dass sie sich dereinst, wenn sie erwachsen sind und Steuern zahlen, nicht hauptsächlich an den ordnungspolitischen Sünden ihrer Altvorderen abarbeiten müssen.

Claudia Wirz ist freie Journalistin und Autorin.